

Sächsische Volkszeitung

Preis 10 Pf. monatlich, 1 Mark vierteljährlich, 3 Mark halbjährlich, 6 Mark jährlich. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter und Verleger. Druckerei: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neustadt-Str. 11-13.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Abonnenten werden die Geschäftsstelle oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Abhol. Druckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Neustadt-Str. 11-13.

r. Eine Zentrumsdemonstration?

Die Zentrumsfraktion hat sich am Freitag bei der ersten Sitzung der Militärpensionsgesetzkommission nicht beteiligt; der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Graf v. Helldorf, gab die Erklärung ab, daß die Fraktion dies absichtlich nicht tue; die Gründe für dieses Verhalten könne die Regierung und der Reichstag selbst suchen. Diese Stellungnahme rief im Hause sehr lebhaftes Interesse hervor. Auf allen Seiten fragte man, welches sind diese Gründe?

Wir geben gewiß gerne zu, daß das Verhalten der Zentrumsfraktion ein etwas auffallendes ist und auch ein solches sein sollte. Wenn es eine große Fraktion ablehnt, sich überhaupt an der Debatte über einen Gesetzentwurf zu beteiligen, so will sie damit entweder zum Ausdruck bringen, daß ihr der gesamte Gesetzentwurf total unannehmbar erscheint, oder daß sie aus schwerwiegenden politischen Gründen gegen denselben sich ausspricht. Die erstere Annahme dürfte hier nicht eintreten. Das Zentrum hat sich im Vorjahr zu der Verbesserung der Militärpension freundlich gestellt; das Referat lag sogar in den Händen eines Zentrumsabgeordneten. An dieser Stellungnahme zur Sache selbst hat sich nichts geändert; das Zentrum hält nach wie vor die Militärpension für verbesserungsbedürftig. Es müssen also politische Gründe sein, die der Fraktionsvorsitzende andeutete. Für jedermann, der nur ein wenig politischen Instinkt hat, dürften diese Gründe un schwer zu erraten sein. Trotzdem aber muß man sich wundern, daß die liberale Presse so vielfach daneben schlägt. Es liegt doch sehr nahe, daß es sich nur um hohe politische Gründe handeln kann, die mit dem Militär selbst in Verbindung stehen.

Eine ganze Anzahl liberaler Mütter meinen nun, daß der Grund für diese Stellungnahme folgender sei: „Die regierende Partei fühlt sich — mit Recht — beschwert durch den plötzlichen und von der Regierung bisher noch mit keinem Wort entschuldigenden Schluß des Reichstages im Sommer. Diese plötzliche Heimückung der Volksvertretung hat damals das Zustandekommen des Gesetzes verhindert. Jetzt kommt die Regierung und verlangt die möglichst baldige Verabschiedung des Gesetzes. Da war es einfach ein Gebot der politischen Selbstachtung des Reichstages, daß er jetzt seinerseits sagte: „Quod non.“ Hat die Regierung sich im Sommer beikommen lassen, um Hals über Kopf und ohne Angabe von Gründen nach Hause zu scheiden, obwohl die gesamte politische Lage dem Reichstage ein moralisches Recht auf Fortsetzung der Tagung gab, nun, so wollen wir diese Rücksichtslosigkeit mit gleicher Münze heimzahlen.“ Wenn man's so hört, möcht's lieblich scheinen! Aber diese Ursache liegt nicht vor. Gewiß ist man im Zentrum nicht erbaut über den raschen Schluß der Session; man kann aber eben so wenig diese politisch unkluge Maßnahme hiermit in Zusammenhang bringen. Wir können auch erklären, daß es tatsächlich der Zentrumsfraktion ganz fern gelegen hat, aus diesem Grunde so vorzugehen.

Andere Mütter rufen auf die Diätenfrage und meinen: „Es wäre vielleicht nicht so übel, wenn die Parteien aus dieser Demonstration des Zentrums eine Anregung schöpfen, wenn sie sich verständigen und gemeinsam zum Beispiel die Erhöhung der Bezüge der Staatssekretäre ablehnen, so lange der wiederholte Diätenbeschuß des Reichstages von der Regierung ignoriert wird. Vermutlich wäre das das beste Mittel, die Diätengewährung zu beschleunigen. Niemand in der Regierung würde sich über eine solche vom Reichstage ausgehende PreSSION beschweren können. Denn die Behandlung, die die Regierung dem Diätenbeschuß des Reichstages immer wieder hat angedeihen lassen, gibt ihr kein Recht, sich über eine ungewöhnliche Anwendung der Machtmittel der Volksvertretung ihr gegenüber zu brüsten. In der Diätenfrage hat sie das Parlament so brüskiert, daß sie sich über eine entsprechende Antwort nicht wundern darf. Der Reichstag sollte in nächster Zukunft nach dem Regent handeln: „Wie man in den Wald rufen hört, so schallt es heraus.“ Diese Rede hören wir sehr gut hören; es sind Zentrumsvorredner, die in der Budgetkommission ein solches Verhalten gegen die Regierung fordern können. Manche von ihnen Abgeordneten, die in der Budgetkommission für die Behälterung stimmten, sind nun entschlossen, so lange gegen sie zu stimmen, als der Bundesrat nicht Anwesenheitsgelde gibt. Gerade aber deshalb ist es verfehlt, nun anzunehmen, das Zentrum habe wegen der Diätenfrage eine solche Stellung ein genommen; dafür gibt sich bei anderer Gelegenheit weit besser der passende Moment. Verkümt wird derselbe nicht.“

Nur in ganz wenigen Kreisen sagt man sich, daß die Stellungnahme der Zentrumsfraktion auf die Antwort der Regierung auf die Quellinterpellation zurückzuführen sei. Man führt in diesen Kreisen mit Recht aus, daß die Stellungnahme des Kriegsministers ein Schlag in das Gesicht des christlichen Volkes sei, daß so offen noch nie proklamiert wurde, daß der Offizier die Pflicht hat, sich gegen

göttliches und menschliches Gesetz zu verbeugen! Damit hat der Herr Reichskanzler selbst zur Gesetzesverletzung aufgefordert. Nun kommt dieselbe Regierung und fordert eine zweite Sonderstellung für dieselben Kreise, für die Offiziere. Während alle Zivilbeamten in ihren oft recht karglichen Pensionsbezügen verbleiben sollen, wird für den Offiziersstand hier wiederum eine Bevorzugung gefordert, die vielleicht für die unteren Dienstgrade auch sachlich begründet sein mag. Zu der Sonderstellung über göttliches und staatliches Gesetz jetzt auch noch eine Sonderprämie bei der Pension! Eine solche Forderung müßte eine entschiedene Stellungnahme herausfordern. Die Erklärung des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion hat diese gegeben; sie war knapp und kurz, aber doch sehr dießsagend. Das christliche Volk muß erst eine Genehmigung erhalten, ehe man dazu übergeht, denselben neue Lasten aufzulegen, die man für den bevorzugten Stand leisten soll.

Nur von diesem Gesichtspunkte aus ist es verständlich, wie sich die Zentrumsfraktion gestellt hat. Wir können hier nicht mitteilen, ob unsere Ausführungen die Intention der Fraktion getreu wiedergeben; aber dies nur können die Gründe sein, welche diese Stellungnahme herbeigeführt haben. Dann haben wir es mit einer sehr bedeutsamen Stellungnahme zu tun. Als der Kriegsminister das letzte Mal im Reichstage erschien, hat er durch seine Erklärung dem christlichen Volke einen Radenschlag verfehlt. Am Freitag erfolgte der Gegenschlag und er ist in würdiger und vornehmer Weise ausgeführt worden, dabei so kräftig und bedeutend, wie es der Ernst dieser Dinge erheißt. Das katholische Volk wird dem Zentrum ob dieser Stellungnahme besonders dankbar sein.

Politische Mundschau.

Dresden, den 22. Januar 1906.

— Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, ist der preussische Gesandte in Hamburg, v. Tschirsky, zum Nachfolger des Freiherrn v. Richtofen als Staatssekretär des auswärtigen Amtes in Aussicht genommen. Er hatte am Sonnabend eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler und wurde darauf vom Kaiser empfangen.

— Bei der Landtagswahl für den Wahlkreis Juba wurde Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn einstimmig wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt worden.

— Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 17. d. M. stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreis Vorn-Rheinbach wurden insgesamt 17 236 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn in Kiel (Zentrum) 15 662 Stimmen, auf den Redakteur Dr. Erdmann-Röll (Sozialist) 1533 Stimmen. Dr. Spahn ist mithin gewählt.

— Die Zahl der bei den letzten Krawallen wegen Beteiligung an den Außerordnungen oder wegen Diebstahls in Hamburg verhafteten Personen beträgt 42, darunter zwei weibliche.

— Die Verabreichungen der neuen Flottenvorlage sind schon dem Reichstage zugegangen; hiernach sollen von 1906 bis 1917 insgesamt die Summen von 3711 Mill. Mark ausgegeben werden, wenn auf Anleihe 425 Millionen Mark zu nehmen sind. Die ordentlichen Ausgaben steigen um insgesamt 134 Millionen Mark in den ersten Jahren um circa 16 Millionen pro Jahr, dann um 11 Millionen Mark pro Jahr und stellen sich 1917 auf 321 Mill. Mk. gegenüber 264 Mill. Mk. im Jahre 1906. Die Gesamtbelastung einschließlich Provision und Zinsen wächst von 233 Mill. auf 368 Millionen. Schon aus diesen Zahlen wird man ersehen, woher es kommt, daß das Reich rund 200 Millionen Mark neue Steuern braucht. Die Flotte verdrängt hiervon allein rund 150 Millionen Mark. Aber gerade daraus erhebt sich, wie sehr der Standpunkt des Zentrums gefährdet ist, die leistungsfähigen Schuttern heranzuziehen, weil diese den meisten Vorteil von der Flotte genießen. Das Zentrum wird nunmehr erst recht auf diesem Standpunkt verharren und ihm eine Wehrheit zu sichern haben; deshalb muß auch die Budgetkommission mit der Beratung der Flottenvorlage warten, bis man weiß, woher die Steuern kommen.

— Gegen die Reichserbschaftsteuer wird in der „Deutschen Tageszeitung“ wiederum gekämpft. In der Wahl ihrer Mittel ist das bürgerliche Volk dabei wenig wählerisch, wie folgende Stelle aus einem seiner Leitartikel beweist: „Ob man im Falle des Todes des Familienoberhauptes zunächst nur von den größeren oder auch von den kleineren Familienvermögen, und ob man von den ersteren zunächst nur einen mehr oder nur weniger großen Teil zu Gunsten der Allgemeinheit konfisziert“, das bedeutet dann keinen grundsätzlichen Unterschied mehr, sondern nur noch einen graduellen. Die Annäherung an den sozialistischen Satz: „Eigentum ist Diebstahl“ ist damit grundsätzlich vollzogen.“ Wohin soll man mit solchen Anschauungen kommen? Dann ist jede Steuer eine Konfiskation, namentlich jede Einkommen- und Vermögenssteuer. Bei allen diesen Steuern muß der Steuerzahler einen Teil seines hart erworbenen Einkommens abgeben; der Staat „konfisziert“. Alle Welt will Verbesserung und bringt auf neue Ausgaben; aber kein Mensch will Steuern zahlen. Wohin kommen wir hierbei im Deutschen Reich?

— Die Konferenz in Algerien. Immer langsam voran! Da der Redaktionsausschuß die Ausarbeitung der Vorschläge über die Unterdrückung des Waffenschmuggels noch nicht beendet hatte, konnte die Konferenz am Sonn-

abend nicht zu einer Sitzung zusammentreten, sondern mußte bis Montag warten. Wenn das so weiter geht, werden gegen Schluß noch die sommerlichen „Eiseferien“ arrangiert werden müssen. — Wolffs Bureau setzt uns lang und breit die Expektationen eines ungenannten französischen Politikers vor, der zunächst unflätlich beweist, was alle Welt längst weiß, daß nämlich die eigentlichen Schwierigkeiten erst noch kommen werden, um dann sich über unsere deutschen Delegierten auszusprechen. Er meinte, sie hätten ja einigen Journalisten gegenüber sich verächtlich ausgesprochen, sie dürften sich aber wohl selbst bewußt sein, daß sie sich gar nicht anders hätten aussprechen können, und daß ihre Erklärungen geradezu banal gewesen seien. Und solch — gelinde gesagt! — dummes Zeug, wenn's überhaupt gesagt wurde, wird nun in alle Welt telegraphiert. — Der gedruckte Entwurf des Reglements für die Unterdrückung des Waffenschmuggels ist am Sonntag verteilt worden. Für die marokkanischen Delegierten ist eine arabische Uebersetzung hergestellt worden. Die Vollversammlung zur Beratung über den Entwurf trat heute vormittag 10 Uhr zusammen.

— Die am Sonntag, den 21. Januar, mittags abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin und Umgebung verliefen sämtlich ohne Störungen. Gleichmäßig wurden überall die vom Parteivorstand vorgelegten Resolutionsentwürfe angenommen. Allenfalls waren deutlich die Vorkehrungen der Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung bemerkbar. Bis zu den Abendstunden war die Ordnung nirgends gestört. Nach Telegrammen, die aus Breslau, Danzig, Hamburg, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Hannover, Kiel, Kottbus, Köln, Posen und anderen Städten des Reiches vorliegen, sind die am Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlungen unter einstimmiger Annahme der vom Parteivorstand vorgelegten Resolutionsentwürfe ruhig verlaufen, auch ist es nirgends zu Ruhestörungen gekommen. Die Protestversammlungen in Berlin waren insgesamt von etwa 40 000 Personen besucht. Die Redner behandelten die gleichen Themen: „Gegen Volkserdrückung und Volksverachtung“. Es wurde bei Beginn der Sitzungen darauf hingewiesen, daß die Besucher die größte Ruhe wahren und sich den Anordnungen der Ordner fügen müßten. In verschiedenen Versammlungen wurden auch die Krawalle in Hamburg getadelt. Der Reichstagsabgeordnete Singer referierte im Restaurant „Zansouci“ und meinte: „Es sei geradezu ungläublich, welche Märdern man der öffentlichen Meinung aufgetischt habe. Der Gipfel der Verdrücktheit aber wäre es, zu glauben, daß die ruhige und besonnene Sozialdemokratie sich zum Zielobjekt der Heinfalbrigen Gewechre machen wolle. Vor solchen unsinnigen Beginnen schäme schon die vorreffliche Disziplin der Genossen. (Und Ausfall? D. N.) — Reichstagsabgeordneter Wibel sprach im großen Saale des Roabiter Gesellschaftshauses. Wenn auch, führte er aus, bisher das Reichstagswahlrecht ein gewisses Ausbruchventil für die Volksleidenschaften darstelle, so bildeten doch die jüngsten Vorparlamente in Russland ein Reueckel auch für die bei uns Regierenden, und wenn auch im Moment die Sozialdemokratie keine Verantwortung habe, ihre Politik auf die Straße zu tragen, so könne es doch eines Tages passieren, daß sie von der Straße gehen und den Waffenschlag proklamieren, wie in Russland; er müsse ausrufen: „Ihr seid gewarnt!“ Der Schluß der Versammlungen vollzog sich ohne jede Demonstration. Die Abherrungen um das Schloß herum waren nicht größer, als dies sonst beim Ordensfest durchgeföhrt wird. Der Schloßplatz blieb fast in vollem Umfange für den Verkehr frei, und nur der Lustgarten war für die Dauer der An- und Abfahrt der Ordensritter für den Zufverkehr abgeschlossen. Um 10 Uhr verließ der Kaiser das Schloß, um eine Automobillfahrt nach dem Tiergarten zu unternehmen und fehrte eine Stunde später, von brausenden Hochrufen des zahlreichen Publikums „Unter den Linden“ begrüßt, nach dem Schlosse zurück.

— Der Reichstagsabgeordnete Sartorius hat sich dem Abg. Dr. Müller-Weinigen gegenüber auf Ehrenwort verpflichtet, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Er meidet jetzt die „Fr. deutsche Presse“. Diese Art der Mitteilung sieht nachgerade so aus, als sei Sartorius zu diesem Schritte förmlich genötigt worden. Die begleitenden Umstände erhöhen die Wahrscheinlichkeit dieser Vermutung.

— Eine neue Interpellation. Die Polen haben mit Unterstützung des Zentrums im Reichstage folgende Interpellation eingebracht: „Das Generalkommando des ersten Armeekorps hat unter dem 19. Dezember 1905 eine Verfügung erlassen, worin im Widerspruch mit der katholischen militärdienstlichen Dienstordnung eine Aufficht oder nachträgliche Feststellung darüber, in welcher Sprache die Mannschaften befehlen oder gebietet haben, angeordnet wird, und zwar unter der Begründung, daß durch Erfüllung einer religiösen Pflicht in der den Mannschaften geläufigen Sprache, politischen Vorkenntnissen Parität hergestellt werden könnte. Wir fragen den Herrn Reichskanzler, ob ihm diese Verfügung bekannt ist und was er zu tun beabsichtigt, um einen solchen Eingriff in das religiöse Leben der Mannschaften zu beugen.“ Das Berliner Organ der Polen berichtet bei diesem Anlaß über folgenden Vorkang in der polnischen Reichstagsfraktion: Am Montag beschloß die Fraktion in Sachen der Vorlegung des Generalkommandos des 1. Armeekorps, betreffend die polnischen Soldatenbefehle, eine Interpellation einzubringen. Der Abg. Dr. Radewski wurde als erfahrener Parlamentarier mit der Abfassung der Interpellation betraut. Ohne Vor-

STE in
el;
eschreiben,
stell 20
ungen.
USER.
ther
er
Rother
iese 22
Sofas
arator
apeleter
aljahr. 28
en
en Damen
Pantoffeln,
n Breiten.
ung.
Mark-
platz 25.
waren,
empfehl
4026
ien
Bl,
r. 19.
Wasser
eres Be-
n Tages
frühe
Kinder,
Dolores
gab sich
um mo-
Stunden
Sturm-
amm an
s Land.
Stelle zu
e. Hier
war es
er Fluß
der sich
h seinen
chen Zu-
den Bey
d steden
ir waren
rücklegen
an. Wie
f. Fran-
Hilfe zu
h, wie es
hrte auf
zur Un-
be ein;